

beziehungswweise

INFORMATIONSDIENST DES ÖSTERREICHISCHEN INSTITUTS FÜR FAMILIENFORSCHUNG

WWW.OIF.AC.AT

INHALT

- 1 **EDITORIAL** Neustart in der Grillparzerstraße 7
- 2 **BERICHT** Das ÖIF ist übersiedelt! Auf der Eröffnungsfesttag trafen sich Wissenschaft und Politik
- 4 **INTERVIEW** Elternteilzeit spricht Männer an.
Sonja Dörfler über die Sicht der Arbeitnehmer
- 6 **STUDIE** Arm trotz Arbeit. Welche Rolle spielen Wohlfahrtsstaat, Transfers und die Familie?
- 8 **SERVICE** info: Wie viel Eltern arbeiten · buch: 1000 Meilen gegen den Strom · termin: Balance auf der 6. Männertagung

EDITORIAL

Neustart in der Grillparzerstraße 7

Der Übersiedlung des ÖIF folgt ein neues Layout für „beziehungswweise“

VON CHRISTINA LUEF

Sie haben „beziehungswweise“ in Ihrem Postfach vermisst? Das hat einen guten Grund: Der Informationsdienst des Österreichischen Instituts für Familienforschung (ÖIF) hat ein neues Gesicht erhalten und erscheint nun monatlich im Umfang von 8 statt bisher 4 Seiten. Diese Neuerung ist aber nicht die einzige, die sich in den letzten Wochen zugetragen hat. Das ÖIF ist Anfang des Jahres übersiedelt und der Universität Wien nach seiner Einbindung in die Uni-Struktur im April 2006 nun auch räumlich nähergerückt: Die Grillparzerstraße Nummer 7 im Ersten Wiener Gemeindebezirk ist der neue Standort des ÖIF. Im März wurde die Übersiedlung mit einer großen Eröffnungsfesttag offiziell abgeschlossen, zu der wir viele Bekannte des ÖIF begrüßen durften. Die Zusammenfassungen der Statements der Ehrengäste Familienministerin Kdolsky, Sozialminister Buchinger und Vizerektor Mettinger sowie Näheres zur Umstrukturierung des ÖIF können Sie in dieser Ausgabe nachlesen.

Was dürfen Sie sich künftig vom neuen „beziehungswweise“ erwarten: Das Inhaltsverzeichnis auf der Titelseite offenbart Ihnen die Themen aus dem Bereich der Familienforschung- und praxis, die auf 8 Seiten zu finden sind. Neu ist auch, dass die einzelnen Beiträge Rubriken (Studie, Bericht, Interview, Kommentar, Rezension, Aus der Praxis, ...) zugeordnet sind. Wie gewohnt finden Sie am Ende des Heftes den Serviceteil mit kurzen Informationen über Projekte, Studien, Bücher und Veranstaltungen. Hinter dem Relaunch steckt



zum einen der Wunsch nach einer Anpassung an das Corporate Design der Universität Wien. Es war daher nahe liegend, den Entwurf gemeinsam mit der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungsmanagement der Universität Wien zu gestalten – mein Dank gilt hier besonders Christine Cimzar und Simona Nascimento da Silva für die engagierte Zusammenarbeit. Zum anderen beabsichtigen wir, mit neuem Umfang und monatlicher Erscheinungsweise, Produktions- und Versandkosten zu sparen und so die kostenfreie Versendung weiterhin zu gewährleisten. Letztendlich sollen Sie, liebe Leserinnen und Leser, ein Produkt erhalten, das Sie gerne in die Hände nehmen und mit Interesse lesen.

Die chronologische Entwicklung des Informationsdienstes „beziehungswweise“. Der vertikale Schriftzug vom letzten Layout wurde aus Gründen der besseren Lesbarkeit „geopfert“.

Rückmeldungen nehme ich gerne entgegen:
christina.luef@oif.ac.at

Das ÖIF ist übersiedelt!

Bei der feierlichen Eröffnung der neuen Räumlichkeiten des Österreichischen Instituts für Familienforschung trafen sich Wissenschaft und Politik

VON CHRISTINA LUEF

Am 10. März fand die Umstrukturierung des Österreichischen Instituts für Familienforschung ihren feierlichen Abschluss. Ihren Ausgang nahm das Weichen stellende Vorhaben im Jahr 2005, als der damalige Präsident des ÖIF, Universitätsprofessor Wolfgang Mazal, in Absprache mit dem damaligen Klubobmann der ÖVP, Wilhelm Molterer, die Familienforschung in Österreich in einen klar universitären Kontext einbetten wollte. Dies gelang durch die Eingliederung des ÖIF in die Struktur der

Universität vermehrt gesellschaftliche Fragestellungen behandelt und auch kritisch hinterfragt werden müssten. Das nun zur Universität Wien gehörende ÖIF sei ein gutes Beispiel dafür, dass die Universität mehr in Richtung anwendungsorientierte Forschung gehen wolle. In diesem Zusammenhang stelle die Universität Wien einen guten wissenschaftlichen Unterbau dar.

Kdolsky: „Wir brauchen mehr Kinder“ - Forschung als Hilfestellung für die Politik

„Kinder scheinen nicht so erwünscht zu sein“, beschrieb Familienministerin Andrea Kdolsky das Stimmungsbild der Gesellschaft in Österreich. Der Anspruch der Wissenschaft müsse es sein, zukunftsorientierter zu werden, um die negative Stimmung gegenüber Kindern zu ändern. Ihr Dank galt daher der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ÖIF, die dazu beitrügen, aktuelle Fragen zur Entwicklung der Generationen und Familienstrukturen zu beantworten. Die Theorie müsse aber auch in die Praxis umgesetzt werden.



Wissenschaft und Politik vereint am ÖIF. V.l.n.r.: Dekan Rudolf Richter, Vizerektor Arthur Mettinger, BM Andrea Kdolsky, ÖIF Leiter Wolfgang Mazal, ÖIF GF Isabella Hranek, BM Erwin Buchinger

Universität Wien im April 2006. Die im Jänner dieses Jahres stattgefundenen Übersiedlung des Instituts in neue universitätsnahe Räumlichkeiten aus Gründen der Kostenersparnis war dabei ein wesentlicher Schwerpunkt. Mit dieser Vorgeschichte leitete der nunmehrige Leiter des ÖIF, Wolfgang Mazal, die Eröffnungsfeier am neuen Standort in der Grillparzerstraße ein. „Das Anlanden an der Universität Wien ist gelungen“, verkündete Mazal den Festgästen aus Wissenschaft, Politik und Wirtschaft, allen voran Familienministerin Andrea Kdolsky und Sozialminister Erwin Buchinger sowie der Vizerektor der Universität Wien Arthur Mettinger. Ihre Statements sind im Folgenden zusammengefasst.

Mettinger: Mehr anwendungsorientierte Forschung an der Universität

Vizerektor Arthur Mettinger begrüßte ebenfalls die Anbindung des ÖIF an die Universität Wien als Drittmittelprojekt und betonte in seinem State-

Stationen des ÖIF

Das Österreichische Institut für Familienforschung wurde als ein nachhaltiges Ergebnis im von der UNO ausgerufenen Internationalen Jahr der Familie 1994 errichtet. Unter der damaligen Bundesministerin Maria Rauch-Kallat wurde die Gründung des ÖIF als gemeinnütziger Verein vollzogen. Helmuth Schattovits wurde zum ersten Geschäftsführer bestellt, ihm folgte nach seiner Pensionierung im Herbst 2001 Brigitte Cizek nach, die zuvor als Forschungsleiterin am ÖIF tätig war.

Mit der Anbindung des ÖIF an die Fakultät für Sozialwissenschaften der Universität Wien im April 2006 als Projekt „Familienforschung in Österreich“ sollte die Familienforschung in einen universitären Rahmen gesetzt werden. Federführend war hierfür der damalige Präsident des ÖIF, Wolfgang Mazal, tätig. Gleichzeitig ist es auch gelungen, die Finanzierung des ÖIF in einem Bundesgesetz abzusichern. Mit der Umstrukturierung übernahm Mazal die Leitung des ÖIF, für die Geschäfte des Instituts zeichnet Isabella Hranek verantwortlich.

Die Forschung sieht Kdolsky dabei als Hilfestellung für die Politik. Denn - allein der Ruf nach Gesetzen bringe in diesem Bereich nichts, wie auch der alleinige Ruf nach Geld. Österreich sei in Europa die Nummer Eins bei finanziellen Zuwendungen an Familien, trotzdem gebe es nicht genügend Kinder. Es fehlten etwa steuerliche Entlastungen für Familien, so Kdolsky. Auch die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb sei ein wesentliches Thema, das Frauen und Männer angehe. Die Politik müsse in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft mehr Rahmenbedingungen und Strukturen vorgeben, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht würden. Erfolgreiche Familienpolitik könne Rahmenbedingungen setzen, so Kdolsky, aber die Entscheidung des Einzelnen müsse frei sein. Nachhaltige Familienpolitik brauche Forschung, die die Bedürfnisse der Menschen aufzeigt.



Mazal: „Das Anlanden an der Universität Wien ist gelungen.“



V.I.n.r.: Steindl, Nemeč, Schattovits, Ehepaar Höffinger

Buchinger: Verstärkte Kooperation mit Familienressort und -forschung

Auch Sozialminister Erwin Buchinger strich in seinem Statement das Thema Familie als ein wichtiges für die gesamte Gesellschaft hervor. Es biete eine Fülle an Überschneidungen mit der Arbeit des Sozialministeriums und damit auch mit dem Familienministerium sowie dem Wirtschaftsministerium. Der Pflegebereich, in dem die Familie eine wichtige Rolle als Stütze spiele, sei ein gutes Beispiel dafür, wie auch die Zusammenarbeit mit dem ÖIF beim letzten Seniorenbericht. Weitere Verknüpfungen mit dem Familienthema ergäben sich bei der Armut: Hier seien vor allem Mehrkinderfamilien und Alleinerziehende gefährdet. Zudem erwähnte er den „Papamonat“ sowie die Gewalt durch Männer an Frauen und Kindern als gemeinsame Themen. An das ÖIF gewandt, versprach er für die Zukunft eine verstärkte Kooperation. Entsprechende Vorgespräche seien schon geführt worden.



Der Ansprache folgt die Eintragung ins „ÖIF-Gästebuch“: Mettinger, Kdolsky, Buchinger

Am Ende der Eröffnungsreden hob der Leiter des ÖIF, Wolfgang Mazal, die Bedeutung der Bundesländer hervor: das ÖIF lebe stark von deren Unterstützung. Und auch die Zusammenarbeit mit der wissenschaftlichen Community wäre wichtig für die Zukunft des ÖIF. ■



info

Mag. Christina Luef
Öffentlichkeitsarbeit ÖIF
Tel: +43-1-4277-489 10
E-Mail: christina.luef@oif.ac.at
www.oif.ac.at



Neue Adresse:
Grillparzerstraße 7
1010 Wien
Tel: 01-4277-489 01
Fax: 01-4277-9 489

Elternteilzeit spricht Männer an

Trägt die 2004 eingeführte Maßnahme zur Vereinbarkeit von Erwerb und Familie bei? Die Soziologin Sonja Dörfler hat die Sicht betroffener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer untersucht. DAS INTERVIEW FÜHRTE CHRISTINA LUEF

Kann man nach fast vier Jahren Laufzeit der Elternteilzeitregelung sagen, dass diese eine erfolgreiche Maßnahme für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerb für ArbeitnehmerInnen in Österreich ist?

Dörfler: In unserer Studie „Elternteilzeit aus Sicht betroffener Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ hat sich gezeigt, dass diejenigen, die Elternteilzeit in Anspruch nehmen, früher wieder in den Erwerb einsteigen und ihren alten Job eher behalten. Insofern kann man sagen, Elternteilzeit ist dort eine gute Maßnahme, wo sie auch angenommen wird.

Wie sieht es in der Praxis aus? Zu welchem Zeitpunkt wird die Regelung angenommen?

Wir konnten beobachten, dass der größte Teil, und das sind in erster Linie Frauen, die Elternteilzeit nach Ablauf der Karenz in Anspruch nimmt. Männer nehmen die Elternteilzeit tendenziell etwas später in Anspruch. Die Ergebnisse der Studie sind aber mit Vorsicht zu beurteilen, da aufgrund der bisherigen Laufzeit von vier Jahren nur Eltern mit Kindern bis maximal vier Jahren befragt werden konnten, die Regelung aber generell bis zum siebenten Geburtstag des Kindes in Anspruch genommen werden kann.

Wie lange wird Elternteilzeit in Anspruch genommen?

Was die größte Gruppe, die Frauen, anbelangt, gibt es zwei Zeitpunkte, zu denen Elternteilzeit am häufigsten beendet wird: der dritte und der siebente Geburtstag des Kindes. Rund ein Viertel beendet mit dem dritten Geburtstag des Kindes die Elternteilzeit - wenn anschließend auch ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Bei rund einem weiteren Viertel endet die Inanspruchnahme mit dem siebenten Geburtstag. Die Maßnahme wird also voll ausgeschöpft. Bei den Männern hat sich gezeigt, dass etwas mehr als die Hälfte mit dem dritten Geburtstag des Kindes die Elternteilzeit beenden. Männer nehmen die Maßnahme recht kurz in Anspruch, am häufigsten zwischen dem zweiten und dritten Geburtstag.

Wie hoch ist der Anteil an Frauen und Männern?

In 80 Prozent der betroffenen Haushalte nimmt nur die Frau Elternteilzeit in Anspruch. Bei rund 14 Prozent beteiligen sich Frauen und Männer und bei 6 Prozent der Haushalte nimmt nur der Mann die Maßnahme in Anspruch. Man kann also sagen, dass sich bei 20 Prozent der betroffenen Haushalte der Mann in irgendeiner Form an der Elternteilzeit beteiligt.

Wie würden Sie diese Aufteilung nach Geschlechtern bewerten?

Im Gegensatz zu den 4 Prozent Männern bei der Karenz sind natürlich 20 Prozent hoch einzustufen. Ich würde es so bewerten, dass dies eine familienpolitische Maßnahme ist, die Männer stärker anspricht. Gezeigt hat sich auch, dass je höher die Partnerin gebildet ist, desto höher ist auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich der Mann an der Elternteilzeit beteiligt. Das heißt, es dürfte das potenzielle Einkommen eine Rolle spielen, das die Frau erzielen könnte, beziehungsweise will sie früher wieder in den Erwerb einsteigen. Wenn die Frau höher gebildet ist, ist die partnerschaftliche Aufteilung stärker verbreitet. Das kann man nicht nur in Wien, sondern generell im städtischen Raum häufiger beobachten als am Land.

In welchem Arbeitszeitausmaß wird Elternteilzeit in Anspruch genommen?

Das Wochenstundenausmaß hängt ganz deutlich vom Alter des Kindes ab. Je älter das Kind ist, desto mehr Stunden verbringen die Eltern in ihrem Beruf. Frauen arbeiten im ersten Lebensjahr des Kindes durchschnittlich 14 Wochenstunden und im siebenten durchschnittlich 22 Stunden. Das gleiche Prinzip gilt bei Männern, allerdings arbeiten sie im Schnitt immer etwas mehr als Frauen: 21 Wochenstunden im ersten und 27 Stunden im siebenten Lebensjahr des Kindes.

Wie würden Sie die Personen charakterisieren, die Elternteilzeit in Anspruch nehmen?

Es hat sich deutlich gezeigt, dass diejenigen Personen, die in Wien Elternteilzeit in Anspruch



Sonja Dörfler (ÖIF): „Im Gegensatz zu den 4 Prozent Männern bei der Karenz sind natürlich 20 Prozent hoch einzustufen. Ich würde es so bewerten, dass die Elternteilzeit eine familienpolitische Maßnahme ist, die Männer stärker anspricht.“

nehmen, deutlich höher gebildet sind und sehr viele einen akademischen Abschluss vorweisen. Sowohl die Männer als auch die Frauen üben eine höhere bzw. führende Tätigkeit aus. Und auch das Einkommen der Elternteilzeitnehmenden ist höher als beim Durchschnitt von Eltern.

Haben sich die ArbeitnehmerInnen auch zu Nachteilen durch die Regelung geäußert?

Ja. Vor allem Frauen geben an, Nachteile beim beruflichen Fortkommen zu haben. Man muss hier aber ergänzen, dass dies der klassische Nebeneffekt von Teilzeitbeschäftigung in Österreich ist. Deutlich mehr als die Hälfte der befragten Frauen muss wegen Arbeitszeitreduktion einen Karriereverlust hinnehmen. Ein weiterer Punkt, der von einem Viertel der Frauen angesprochen wurde, ist, dass sie eine schlechtere Tätigkeit ausüben als vor der Karenz. Scheinbar sind sie Kompromisse mit dem Arbeitgeber eingegangen, obwohl im Gesetz vorgesehen ist, dass die gleiche Tätigkeit beibehalten werden sollte.

Wie sieht in diesem Zusammenhang der Karriereverlauf bei den Männern aus?

Auch die Männer geben häufig Nachteile bei der Karriere an – zwar deutlich weniger oft als Frauen, aber immer noch mehr als ein Drittel. Der zweite Punkt, der von den Männern genannt wird, ist das Arbeitsklima. Über ein Viertel gibt an, dass sich das Verhältnis zum Arbeitgeber deutlich dadurch verschlechtert habe, dass sie in Elternteilzeit gegangen sind. Frauen geben diesen Grund deutlich seltener an. Dieses Ergebnis zeigt, dass die Inanspruchnahme von familienpolitischen Maßnahmen durch Männer in der Arbeitswelt noch immer nicht akzeptiert wird.

Daraus könnte man schließen, dass es schon im Vorfeld der Inanspruchnahme der Regelung Erschwernisse gegeben hat. Wie haben diesbezüglich die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber funktioniert?

Die eine Hälfte der Männer gibt an, sie hätten überhaupt keine Nachteile durch die Umsetzung gehabt. Und die andere Hälfte berichtet, dass es sehr wohl da und dort Nachteile gegeben hätte. Interessanterweise gibt mit 70 Prozent ein noch größerer Teil der Frauen Nachteile durch die Inanspruchnahme an. Ich gehe davon aus, dass Männer wahrscheinlich Elternteilzeit überhaupt nur dann in Anspruch nehmen, wenn sich die Nachteile in Grenzen halten. Trotzdem ist der Arbeitgeber dann oft beleidigt, wie wir vorhin gesehen haben.

Rechtsanspruch auf Elternteilzeit

Die am 1. Juli 2004 eingeführte Regelung beinhaltet einen Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit für Eltern. Die Klagerolle liegt anders als bei der alten Regelung beim Arbeitgeber. Die wichtigsten Eckpunkte zur Regelung:

- gültig für Eltern bis zum 7. Geburtstag des Kindes
- Betriebszugehörigkeit von mindestens 3 Jahren
- Betriebsgröße von mindestens 20 Mitarbeitern
- Kündigungsschutz bis zum 4. Geburtstag des Kindes, danach Motivkündigungsschutz
- Recht auf Rückkehr zur Vollzeitbeschäftigung
- einmalige Inanspruchnahme pro Elternteil mit Mindestdauer von 3 Monaten
- gleichzeitige Inanspruchnahme beider Elternteile möglich
- Umfang und Lage der Arbeitszeit kann einmal verändert oder die Elternteilzeit vorzeitig beendet werden

„Die Inanspruchnahme von familienpolitischen Maßnahmen durch Männer in der Arbeitswelt wird noch immer nicht akzeptiert.“

Welche Verbesserungen würden Sie aufgrund dieser Ergebnisse für die Elternteilzeitregelung vorschlagen?

Aus Sicht der ArbeitnehmerInnen wäre es sicherlich wichtig, mehr Informationsarbeit zu betreiben, also die Maßnahme besser bekannt zu machen. Es gibt auch zu wenig Wissen bezüglich der Kombination mit dem Kinderbetreuungsgeldbezug. Es wäre eine Regelung sinnvoll, die Elternteilzeit und Kinderbetreuungsgeld harmonisiert - eventuell mit einer Umwandlung der Zuverdienst- in eine Arbeitszeitgrenze. Besonders Männer sehen den begrenzten Zuverdienst als Problem, da sie generell ein höheres Einkommen haben. Bei Informationskampagnen wäre es zudem hilfreich, den Eltern gewisse Modelle vorzugeben, wie der Wiedereinstieg in den Erwerb gestaltet werden könnte. So eine gezielte Informationsarbeit könnte man bei den Sozialversicherungsträgern ansiedeln, die das Kinderbetreuungsgeld auszahlen und dadurch früh Kontakt zu den Eltern haben. Einen Änderungsbedarf sehe ich auch im Bereich der außerfamilialen Kinderbetreuung. Ich glaube, es würde eine Menge Ärger zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ersparen, wenn es flexibel nutzbare Angebote an Kinderbetreuung geben würde – auch nachmittags und generell für unter Dreijährige. Nicht zuletzt bedarf es noch mehr Verständnis von Seiten des Arbeitgebers. Dies ist auch eine Frage der Zeit und Routine. ■

„Es wäre eine Regelung sinnvoll, die Elternteilzeit und Kinderbetreuungsgeld harmonisiert.“

info

Mag. Sonja Dörfler, Soziologin am ÖIF
Tel: +43-1-4277-489 04
E-Mail: sonja.doerfler@oif.ac.at

Die Studie „Elternteilzeit aus der Sicht betroffener ArbeitnehmerInnen“ ist auf der Website der AK Wien herunterladbar: www.arbeiterkammer.at

Arm trotz Arbeit

Eine Studie über die Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten, den Einfluss staatlicher Transfers sowie die Rolle der Familie

VON CHRISTINA LUEF

Die Armut von Erwerbstätigen ist auch in Europa zu einem Problem geworden. Dabei handle es sich nicht nur um Gruppen mit gering bezahlten Jobs, wie der Soziologe Henning Lohmann in seinem Buch „Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten“ erklärt, sondern auch um Normalverdiener, die allein für ihre Familie aufkommen müssten. Die Höhe des Erwerbseinkommens sei demzufolge nicht der einzige Faktor für das Auftreten von Armut. Auch die institutionellen Rahmenbedingungen in den Wohlfahrtsstaaten beeinflussen die Situation in den einzelnen Ländern auf unterschiedliche Weise. Als wesentliche Dimensionen dafür nennt Lohmann die Dekommodifizierung, die Defamilialisierung und die Zentralisierung von Lohnverhandlungssystemen. Sein Vergleich umfasst 15 europäische Staaten und bezieht sich auf den Zeitraum 1994 bis 2004.

Je höher der Grad der Dekommodifizierung, desto geringer ist das Ausmaß von Armut von Erwerbstätigen

Mit Blick auf moderne Wohlfahrtsstaaten gehe es bei der Dekommodifizierung darum, „Personen die Möglichkeit zu bieten, ohne oder mit eingeschränktem Markteinkommen das Auskommen zu sichern und somit von dem Zwang auszunehmen, sich um jeden Preis auf dem Arbeitsmarkt anzubieten“. Je höher der Grad der Dekommodifizierung ist, desto geringer ist das Ausmaß von Armut von Erwerbstätigen. Lohmann gibt dafür drei Gründe an:

1. Einfluss der Höhe von Lohnersatzraten auf die Höhe der Mindestlöhne
2. Einfluss durch den Bezug von Transfers durch nichterwerbstätige Haushaltsmitglieder
3. Transfers, die direkt an Erwerbstätige gerichtet sind (kommt nur in wenigen Ländern vor)

Demnach zeigt sich für das Jahr 2001, dass in Schweden die Armutsquote von Erwerbstätigen – gemessen am Haushaltsnettoeinkommen – nach staatlichen Transfers um zwei Drittel niedriger ist als vor den Transfers. In Österreich beträgt die Reduktion etwa 60 %. Die Armut von Erwerbstätigen in Griechenland wird durch Transfers immerhin um ein Drittel reduziert. Generell weist Großbritannien

eine eher niedrige Armutsquote auf, Schweden eine der höchsten. In Südeuropa sind die Quoten durchschnittlich höher.

Im Zeitraum von 2001 bis 2004 sind in Griechenland, Italien und Portugal anders als im Beobachtungszeitraum 1994 bis 2001 steigende Armutsquoten zu verzeichnen. Die Quote liegt aber bei allen weiterhin unter dem Wert von 1994. Den deutlichsten Anstieg von Armut im Zeitraum 2001 bis 2004 weist Deutschland auf. Weitere Länder mit einem Anstieg sind Dänemark, Finnland und Irland. Keine oder minimale Veränderungen ver-

Wann gelten Erwerbstätige als arm?

Arme Erwerbstätige sind „Personen, die mindestens 6 Monate im Jahr erwerbstätig waren und die in einem HH leben, der über weniger als 60 Prozent des Medians des bedarfsgewichteten jährlichen Haushaltsnettoeinkommens verfügt“.

zeichnen die Niederlande, Schweden, Österreich und Spanien auf. In den restlichen Ländern ist die Armut von Erwerbstätigen zurückgegangen. Lohmann schließt daraus, dass man von keinem allgemeinen Trend in Richtung von Armut von Erwerbstätigen sprechen könne – auch gemessen am Anteil der Erwerbstätigen an allen Armen.

Je höher der Grad der Defamilisierung, desto geringer ist das Ausmaß an Armut von Erwerbstätigen

Die Defamilialisierung bezieht anders als die Dekommodifizierung den geschlechtsspezifischen Aspekt mit ein und zielt vor allem auf die (ökonomische) Autonomie von Frauen. Die „Doppelterdienerunterstützung“ wirkt defamilisierend, indem sie die Vereinbarkeit von Erwerb und Familie und die Verringerung der Abhängigkeit von Frauen von der Familie, vor allem auch der Abhängigkeit vom „männlichen Ernährer“ fördert. Mit intergenerationaler Abhängigkeit ist die Abhängigkeit junger Erwachsener von ihren Eltern beim Übergang in den Arbeitsmarkt sowie die Abhängigkeit älterer Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, von ihren Kindern gemeint.



„In den Ländern, in denen Armut von Erwerbstätigen zugenommen hat, erfolgt dies parallel zu einem Ansteigen von Armut insgesamt.“
Henning Lohmann

zur studie

In seinem Vergleich europäischer Wohlfahrtsstaaten stellt Henning Lohmann einerseits die Frage nach dem Einfluss der Ausgestaltung institutioneller Rahmenbedingungen auf das Ausmaß und die Struktur von Armut von Erwerbstätigen. Andererseits fragt er danach, ob sich Veränderungen im Ausmaß von Armut von Erwerbstätigen als Folge des Wandels institutioneller Rahmenbedingungen feststellen lassen. Das Ziel seiner Forschungsarbeit ist es, Unterschiede im Ausmaß von Armut von Erwerbstätigen nicht nur zu zeigen, sondern auch zu erklären.

Beobachtungszeitraum 1994 bis 2004: Europäisches Haushaltspanel 1994-2001 (ECHP), Community Statistics on Income and Living Conditions 2004 (EU-SILC), Sozio-Ökonomisches Panel 2004 (SOEP).

In den familialistisch orientierten Haushalten in Südeuropa lebt in bis zu einem Fünftel der Haushalte von Erwerbstätigen ein arbeitsloser junger Erwachsener. Anders sieht es in defamilialisierend ausgerichteten Wohlfahrtsstaaten aus. Arbeitslose sind hier weniger auf Unterstützung im Rahmen der Familie angewiesen, die Haushalte von Erwerbstätigen werden dadurch entlastet. Zudem ist der Einkommensanteil von Frauen höher und folglich auch die Armutsreduktion.

Stärkere Familiensolidarität bietet jedoch auch Schutz für Geringverdiener im Haushaltskontext

Personengruppen, die weniger verdienen, vor allem junge Erwerbstätige, aber auch Frauen, profitieren vom Familienverband, der sie auffängt. Die Armut von Erwerbstätigen insgesamt wird dadurch nicht geringer, da andere Erwerbstätige, besonders die männlichen Hauptverdiener, stärker belastet werden.

Die Zentralisierung von Lohnverhandlungssystemen trägt zur Verringerung der Ungleichheit von Erwerbseinkommen und darüber zur Verringerung von Armut von Erwerbstätigen bei

Eine weitere zentrale Aussage von Lohmann ist, dass sich der gewerkschaftliche Organisationsgrad auf das Niveau von Armut von Erwerbstätigen auswirke. Ein höherer Organisationsgrad bedingt eine niedrigere Armutsquote. Niedriglohnbeschäftigung hingegen erhöht das Armutsrisiko. In Österreich sind 9,7 % der Beschäftigten Niedriglöhner, in Großbritannien sind es 20,4 %. Der Großteil der Niedriglöhner ist mit einem Anteil zwischen 78 und 92 % nicht arm, aber dennoch ist ihr Armutsrisiko bis zu dreimal so hoch wie das von anderen Erwerbstätigen.

Es lässt sich kein eindeutiger Einfluss der wirtschaftlichen Entwicklung auf das Ausmaß von Armut von Erwerbstätigen bestimmen.

„Wirtschaftlich höher entwickelte Länder (höheres BIP pro Kopf) weisen eine niedrigere Armutsquote von Erwerbstätigen auf.“ Der Einfluss wirtschaftlichen Wachstums lässt sich jedoch nicht eindeutig klären, das hätten auch schon frühere Studien bestätigt. Lohmann bringt aber zwei theoretische Ansatzpunkte ins Spiel: Erwerbstätige haben an einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung über Lohnsteigerungen teil, oder arme Erwerbstätige werden in schlechten Zeiten von Arbeitsmarkt gedrängt und seien dann „nur“ mehr arm, aber nicht mehr erwerbstätig.

Fazit

Eine Verschiebung von Armut in Richtung Armut von Erwerbstätigen könne nicht eindeutig bestätigt werden, so das Fazit von Lohmann. Die durchschnittliche Armutsquote der zehn untersuchten Länder, für die Daten zu allen Zeitpunkten vorliegen, ist mit 9,7 % im Jahr 1994 am höchsten, 2001 liegt sie bei 7,9 % und 2004 bei 8,7 %. Dort, wo die Armut von Erwerbstätigen zugenommen habe, sei auch die Armut insgesamt angestiegen. Die Niederlande stellten mit einem gleichzeitigen Ansteigen von Erwerbstätigen und armen Erwerbstätigen eine Ausnahme dar. Dies wäre auf wohlfahrtsstaatliche Veränderungen zurückzuführen, erklärt Lohmann.

Erwerbstätigkeit bedeutet Schutz vor Armut, das Armutsrisiko von Erwerbstätigen ist in der Regel niedriger als das von Nichterwerbstätigen. Dennoch sind viele Erwerbstätige arm. Eine Erwerbstätigkeit sei deshalb nicht immer die Lösung für die Verhinderung von Armut, hält Lohmann fest. Die Dekommodifizierung (z. B. Arbeitslosengeld) verhindere Armut dadurch, dass Personen nicht gezwungen seien, arbeiten zu gehen, wenn das Einkommen nicht ausreiche. Positiv sei die steigende Frauenerwerbstätigkeit zu werten. Das Einkommen von Frauen trage zur Verringerung der Armut von Erwerbstätigen bei. Aber in vielen Ländern sei dies mit einem Anstieg von Teilzeitschäftigung verbunden, deren Einkommen nicht ausreiche, um Armut zu verhindern. ■

In allen Wohlfahrtsstaaten wird Armut von Erwerbstätigen durch Transfers reduziert. Die Ausgestaltung ist jedoch eine unterschiedliche, was Arbeitslosenunterstützung, Familienleistungen, Altersrenten u. ä. betrifft.

info

Literatur: Henning Lohmann: Armut von Erwerbstätigen in europäischen Wohlfahrtsstaaten. Niedriglöhne, staatliche Transfers und die Rolle der Familie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2008. ISBN 978-3-531-15745-0

info

Wie viel Eltern arbeiten

Die Arbeitszeiten von Müttern und Vätern in Deutschland sind stark polarisiert, obwohl viele berufstätige Eltern Erwerbs- und Familienarbeit eigentlich gleichmäßiger untereinander aufteilen wollen. Normalerweise arbeiten Väter in abhängiger Beschäftigung im Durchschnitt 39,7 Stunden, Mütter dagegen 24,4 Stunden wöchentlich. Besonders groß ist der Unterschied in Westdeutschland: Hier arbeiten Väter 17 Stunden pro Woche länger als Mütter. Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung. Sowohl Eltern als auch Pflegende bewerten solche „überlangen“ Arbeitszeiten von mehr als 40 Stunden als besonders problematisch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Durchschnitt arbeiten Männer mit minderjährigen Kindern sogar 1,2 Stunden pro Woche länger als Männer ohne Nachwuchs. Als Kernproblem machen die ExpertInnen die traditionelle Norm der lebenslang gleichen Vollzeitarbeit aus, die unterschiedliche Lebensphasen nicht berücksichtigt.

- Internet: www.boeckler.de/pdf/impuls_2008_04_4-5.pdf (Böckler Impuls 4/2008)

buch

1000 Meilen gegen den Strom

Das Jugendintensivprogramm des Vorarlberger Instituts für Sozialdienste (IFS) arbeitet mit Jugendlichen, die in akuten Krisen stecken, sich nicht mehr an die „Spielregeln“ der Eltern halten, immer öfter mit dem Gesetz in Konflikt geraten, durch ihr Verhalten Eltern verzweifeln lassen. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens des Programms ist nun das Fachbuch „1000 Meilen gegen den Strom“ erschienen, das neben wichtigen theoretischen Grundlagen vor allem erprobte Konzepte und aufschlussreiche Erfahrungen enthält. Aber auch entscheidende Grenzen aus zehn Jahren intensiver Arbeit werden darin geschildert. Das Buch eignet sich besonders für Pädagogen, aber auch für betroffene Eltern.



- Literatur: **Martina Gasser (Hrsg.): 1000 Meilen gegen den Strom. Neue Wege im Umgang mit Jugendlichen und deren Eltern in chronifizierten Krisen. Ziel-Verlag Augsburg – Gelbe Reihe: Praktische Erlebnispädagogik 2008. ISBN 978-3-940 562-05-0**

termin

Balance auf der 6. Männertagung

Die österreichische Männertagung wird im Jahr 2008 unter dem gesundheitspolitischen Thema „Balance“ stattfinden. Es geht vor allem um die Möglichkeiten der Aufrechterhaltung der Gesundheit, das Kontinuum zwischen Gesundheit und Krankheit, den „sense of coherence“ und auch um die Konzentration auf die Ressourcen des Menschen. Die Veranstaltung fokussiert auf die verschiedenen Entwicklungen im Bereich der Gesundheitsförderung für Männerarbeit im deutschsprachigen Raum und versucht, diese zu verbinden. Sie ist auf Ausgleich bedacht und legt grundsätzlich Wert auf die Gleichstellung zwischen Frauen und Männern.

- Datum: **24. bis 26. April 2008**
- Ort: **St. Virgil Salzburg, Ernst-Grein-Straße, 14, A-5026 Salzburg**
- Veranstalter: **Arbeitsgemeinschaft der Männerberatungsstellen und Männerbüros Österreichs (AMÖ), Katholische Männerbewegung Österreichs (KMBÖ), St. Virgil Salzburg**
- Internet: **www.maennertagung.at**

impressum

Medieninhaber: Österreichisches Institut für Familienforschung – Universität Wien
1010 Wien, Grillparzerstraße 7/9 | www.oif.ac.at
Herausgeber: Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal | **Chefredaktion:** Mag. Christina Luef
Fotos: ÖIF (S.1,2,3,4), VS Verlag (S. 3), Ziel-Verlag (S.7)
Kontakt: E-Mail: christina.luef@oif.ac.at, Tel: +43-1-4277-489 10
Gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend
über die Beruf & Familie Management GmbH

DVR: 0065528
Österreichische Post AG / Sponsoring. Post, Verlagspostamt: 1010 Wien
Zulassungsnr. 02Z0318205